



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/199

22. Dezember 1949

Die Frage der Ostzonen-Flüchtlinge

- dt. Zum zweitenmal in diesem Jahre greifen die Alliierten in einer wesentlichen Flüchtlingsfrage in das innerdeutsche Geschehen ein. Das erstemal geschah es, als General Robertson im Frühsommer dieses Jahres die bereits in die Wege geleitete Umsiedlung der in der Tschechoslowakei und in Polen verbliebenen Deutschen unterband mit dem Erfolg, dass die heutige Einwilligung der Hohen Kommission nicht erfüllt werden kann, weil inzwischen die Schwierigkeiten innerhalb der Abgabeländer gewachsen sind.

Der zweite, jetzt erfolgte Eingriff betrifft die Ost-Westwanderung. Der Wunsch der Hohen Kommission, "den anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen aus der Sowjetzone zu unterbinden", ausgedrückt in einem Schreiben an die Bundesregierung, deckt sich - wir wollen hoffen, ganz zufällig - mit den Tendenzen, die in der unstrittenen Rechtsverordnung der Bundesregierung enthalten sind.

Diese Rechtsverordnung sieht eine hermetische Absperrung der Grenze und polizeiliche Rückführung jener Flüchtlinge vor, die nicht aus politischen Gründen der Ostzone den Rücken gekehrt haben. Diesem Standpunkt der Regierung steht der Standpunkt der Opposition gegenüber, bestehend in der Forderung, dass mit Rücksicht auf das Grundgesetz und aus politischen Gründen keinem Deutschen - er sei denn Verbrecher - der Zuzug nach dem Westen verwehrt werden darf. Über das Für und Wider dieser beiden Standpunkte ist bereits geschrieben worden, es soll nun einmal untersucht werden, wie weit die Argumentation der Hohen Kommission stichhaltig ist, dass der Flüchtlingsstrom in einen sowjetischen Plan gehöre, einmal die Ostzone von Deutschen zu entvölkern, damit in das Vacuum Slawen

nachstossen können, zum anderen, jede Konsolidierung in Westdeutschland durch die Elendszüge aus dem Osten zu überschwebmen. Auch diese

Auffassungen der Hohen Kommissare decken sich - wir wollen wieder hoffen, rein zufällig, mit den wiederholt dargelegten Auffassungen

der Bundesregierung. Unbeschadet dessen gibt es bei der Veröffentlichung des Briefes der Hohen Kommission noch einige Umstände, die einer Klärung bedürfen.

Die ~~Kat~~völkerungstheorie ist auf den ersten Anschein durchaus plausibel, sie findet aber in der bisherigen Praxis keine solche

Stütze, dass sie als Handhabe zu einem Verfassungsbruch - und das wäre die Unterbindung der Freizügigkeit - dienen kann. Man muss, um

diese Praxis zu studieren, sich einigermaßen im Durchgangslager Uelzen umsehen. In diesem Lager sind seit dem 25. August, seit der Wiederer-

öffnung des Lagers, bis zum 15. Dezember 37 585 Flüchtlinge angekommen. 5000 davon sind aufgenommen worden. Selbst unter der Annahme, dass

die Abgewiesenen nicht in die Ostzone zurückgekehrt sind (etwa 10-20% dürften es doch getan haben), ergibt sich zuzüglich etwa 50% - so-

viel beträgt ungefähr der Zustrom über das Lager Giessen - dass in rund drei Monaten 56 000 Ostzonenbewohner in den Westen gekommen sind.

Das sind im Monat etwa 19 000, im Jahr rund 230 000. Da sich überdies ein Teil der Flüchtlinge nicht in den Lagern meldet, erhöht sich noch

die Gesamtzahl der Asyl Heischenden. Sie kann nur geschätzt werden und dürfte mit 250 - 300 000 hoch genug angenommen werden.

Seit dem Bestehen des Lagers Uelzen überhaupt, seit dem 1. Oktober 1945, also innerhalb von mehr als drei Jahren, sind rund 1 200 000

Flüchtlinge registriert worden. Davon sind etwa 50% keineswegs, wenn man so sagen kann, Ur-Einwohner der Ostzone, sondern echte Vertriebene,

die aus den heute polonisierten oder russifizierten Gebieten stammen und und zumeist legal hier eingeschleust wurden. Selbst soweit sie

ursprünglich in die Ostzone "eingewiesen" wurden, sich aber mit diesem Spruch nicht beschieden und ihr Glück im Westen versuchten, kann man

sie nicht als echten Substanzverlust der heutigen Ostzone bezeichnen, weil sie vor 1945 anderswo gelebt und die soziologische Struktur der

heutigen Ostzone nicht beeinflusst haben. Auch heute noch sind 50-60%

aller Ostzonenflüchtlinge echte Vertriebene, also "unechte" Bewohner der Ostzone.

In der Ostzone wohnen rund 18 Millionen Menschen. Der Entvölkerungsprozess würde sich also, gemessen an dem heutigen Tempo, über

Jahrzehnte erstrecken, ehe er den nachdrängenden Slawen einen offiziellen Grund für ein Verschieben der Oder-Neisse-Grenze nach dem

Westen geben könnte. Zudem beweisen die Aufzeichnungen im Lager Uelzen, dass in der Hauptsache - Ausnahmen bestätigen auch hier

die Bogen - Menschen aus unmittelbarer Nähe der Demarkationslinie oder aus Aue nach dem Westen flüchten, in seltenen Fällen Deutsche

aus der Nähe der Oder-Neisse-Grenze. Darunter sind nur wenige Bauern zu finden und auf diese kommt es bei jedem Volkstumskampf wesentlich

an. Dass Grossgrundbesitzer nach der Aufteilung ihres Besitzes oder hin und wieder Neusiedler geflüchtet sind, weil sie das Ablic-

ferungssoll nicht erfüllen konnten, ändert an diesem Bild nichts. Diese Erkenntnisse sprechen gegen das Bestehen eines Entvölkerungs-

planes, weil man logisch erst die an den slawischen Machtbereich angrenzenden Räume entvölkern würde.

Es bleibt noch das Argument, dass durch den ständigen Flüchtlingsstrom die "sozialen und politischen Belastungen für die Bundes-

republik noch mehr steigen", wie Jakob Kaiser argumentiert. Grösser sind, so meinen wir, die sozialen Belastungen, die sich die Bundes-

regierung durch ihre Wirtschaftspolitik selbst aufhals und das eine liesse sich einsparen, wenn man in dem anderen die Konsequen-

zen zöge, die sich aus der gesamtdeutschen Lage ergeben.

Aber wie immer man die Frage der Ostzonen-Flüchtlinge betrachtet, ist es keine Angelegenheit, die man mit Zahlen oder mit Wirt-

schaftssystemen hinwegdiskutieren kann. Es handelt sich dabei um Menschen von Fleisch und Blut und zwar von gleichem Blut wie in

den Westzonen. Diese Menschen wenden sich um Hilfe an uns. Daher hüte man sich, die kaum beschworene Verfassung bei der ersten sich

bietenden Schwierigkeit zu brechen.

Prag vor einer "kompromisslosen Säuberung"

sp. Die "irgendwo in Ungarn" stattgefundene Geheimsitzung des Kominform hat wohl in keinem der Satellitenstaaten so hohe Wellen geschlagen wie in der Tschechoslowakei. Aufmerksame Beobachter wollen wissen, dass alle bisherigen Polizeiaktionen nur Vorgeplänkel waren und dass nun, nach der Kominform-Tagung, die "Säuberung" innerhalb der Kommunistischen Partei selbst beginne. Für diese Version spricht die Zusammensetzung der tschechischen Delegation bei der Kominformtagung. Nicht die prominenten Repräsentanten der tschechischen Staatsführung, sondern ausschliesslich der Partei waren in Ungarn vertreten, und zwar Generalsekretär Slánsky, die zwei weiteren Vertrauens-träger des Kreml Baschtovansky und Kopriva und als vierter B.Geminder. Bei dem letzteren handelt es sich um den sudetendeutschen Kommunisten Fritz Kramer, der zusammen mit einigen anderen Sudetendeutschen - zum Leidwesen der in ihrem Nationalgefühl verletzten Tschechen - die Rolle des Kreml-Beobachters spielt. Bei staatsoffiziellen Anlässen schon wegen seiner Sprachkenntnisse - richtiger gesagt: Unkenntnisse, denn er spricht auch heute noch ziemlich mangelhaft tschechisch - stets im Hintergrund, taucht Kramer-Geminder immer dann auf, wenn mit wenigen Worten viele Entscheidungen fallen, so wie sein Landsmann Rejcin(Reizinger), wenn es um die tschechische Armee geht.

Von Gottwald war wiederholt gemunkelt worden, dass er im Kreml nicht mehr persona grata sei: zum erstenmal im Sommer dieses Jahres, als Wyschinski "zur Kur" in Karlsbad weilte und als Gerüchte um eine tschechische Krise über die russische Forderung laut wurden, sudetendeutsche Facharbeiter mit Rücksicht auf den Fünf-Jahresplan zurückzusiedeln. Es war also nicht zu verwundern, dass sich Gottwald nicht unter den Auserwählten der Kominformtagung befand, obwohl seine Rolle in der Komintern einst nicht klein war. Befremdet hat es dagegen, dass Zapotocky, heute Ministerpräsident, und nach aussen hin, wie er auch auf dem grossen Gewerkschaftskongress in Prag darsat, Dirigent der kommunistischen Politik in der Tschechoslowakei, von dieser wichtigen Tagung ferngehalten wurde. Zapotocky kommt aus der kommunistischen

Gewerkschaft, er wurde bei seiner Inthronisierung als Ministerpräsident als stärkster Widerpart gegen etwaige titoistische Abweichungen dargestellt. Auch daran scheint sich einiges geändert zu haben.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass man in Prag schon auf Grund der Zusammensetzung der Kominform-Delegation eine durchgreifende

"Säuberung" von "Titoisten, Rechtssozialisten und imperialistischen Agenten" erwartet. Die unmittelbar nach der Kominform-Tagung ein-

setzenden tschechischen Pressekommentare münden alle in Appellen zur Entlarvung und Liquidierung solcher Elemente, ohne dass bisher

Namen genannt wurden. Nach bewährter Praxis kann diese Pressekampagne nur als Vorbereitungsmanöver für grössere Dinge gedeutet werden.

Slansky, mit Kominform-Parolen "irgendwo in Ungarn" vollgepumpt, ist nun anlässlich der Stalin-Feiern konkreter geworden, er versprach

"dem Genossen Stalin eine kompromisslose Säuberung der Partei in der CSR".

Dass das Kominform seine grössten Gegner in der Sozialdemokratie der neue "volksdemokratische" Wort dafür heisst "Rechtssozialisten"

sieht, kann man ebenfalls den tschechischen Verlautbarungen entnehmen. So wurde kürzlich im tschechischen Rundfunk erklärt, dass "Schumacher

für das Friedenslager weit gefährlicher" sei, weil er sich mit seinem sozialistischen Parteiprogramm tarne, während es bei Adenauer offen-

kundig sei, dass er von den westlichen Kapitalisten bezahlt werde.

...wenn wir gar nicht sängen

W.Dr. Es gibt sentimentale Lieder; sie werden gesungen, wenn es dem Menschen wohlgeht. Es gibt fröhliche Lieder; sie werden gesungen,

wenn der Mensch verzagen möchte. Und wir haben eine dritte Kategorie: die Kampf- und Siegesgesänge, die Vaterlandslieder und Nationalhymnen.

Diese Gattung wird von Haerhaufen und Massenversammlungen angestimmt, sie vermag turbulenten Parlamentsitzungen einen feierlichen Ausklang

zu geben, erweist sich als nützlich bei Schiffstaufern und Verabschiedungen, beendet die aufgeregtesten Volksversammlungen mit einer

tröstlichen Versöhnlichkeit und scheint überhaupt unentbehrlich im

Leben der Völker zu sein. Der Staat, der weder Ideale noch ethische Bedürfnisse besitzt, hat eine Nationalhymne.

Wir stehen beschämt vor den Gesangschören, die sich an unseren Grenzen zusammenrotten oder ihre selbstbewussten Lieder über die

Meereshallen lassen. Einmal hatten wir einen gut erzogenen Reichstag, der nach jedem Befehlsempfang zwei prächtige Gesänge anstimmte; in

dem einen forderten die Abgeordneten ihre Wähler und sich selber auf, die Fahne hochzuhalten, in dem anderen drehten sie dem wandernden

Demokraten Hoffmann aus Fallersleben die Worte der Liebe solange im Munde herum, bis sie Worte des Hasses, der Überheblichkeit und der

Eroberungslust geworden waren.

Dieser Gesangverein hat längst ausgesungen, aber wir sind übriggeblieben, blicken uns verlegen an und wissen nicht, was wir singen

sollen. Das ist ein schweres Geschick, dem wir begegnen müssen. Daran werden jetzt von allen Seiten komplette Nationalhymnen offeriert, ohne

die ein Volk nicht existieren kann, dessen Krieg Hunderte von Milliarden gekostet hat, das Millionen Tote betrauert, bekümmert zwischen

seinen zerstörten Häusern herumirrt, hilflos den Atombomben entgegenstarrt, manches auf dem Gewissen und vieles zu leisten hat. Die

Flüchtlinge haben kein Obdach, aber ohne eine schöne selbstbewusste Nationalhymne können sie nicht auskommen.

Wie wäre es, wenn wir einstweilen im Kollektiv gar nicht sängen? Es ist hübsch und traulich, im Walde zu singen, wenn das bunte Laub

die Bäume schmückt und weiße Wolken am Himmel vorüberziehen; es ist etwas Hübsches, wenn sich neben dem Klavier in der Stube eine

zarte Stimme erhebt, wenn die schnüstigen Mägde rührend auf den Feldern tremolieren oder der Mann, der einsam in der Badewanne

sitzt, zum munteren Geplätscher des Seifenwassers gegen die engen Wände schmettert.

Aber nein, wir brauchen die Tuchfühlung und den Kommissge - stank, um in die richtige Gesangsstimmung zu kommen. Je enger sie

sich scharen, desto stärker ist der Druck auf den musikalischen Knopf. Und schon braust das Lied über die Lande, die Nationalhymne,

die uns so bitter nötig fehlt, weil wir gute Europäer werden wollen.

"Gefällt dir schon die Sprechart unserer Völker, o so gewiss entzückt auch der Gesang", sagt Faust zu Helena.

Ich schlage den Vereinten Nationen vor, einen Preis auszusetzen und zu fragen: wer schreibt die Internationalhymne?

"Es ist gut, wenn man eine Vereinsfahne hat", heisst es in einer alten Liede, das unsere Väter sangen, wenn sie lustig waren.

Scheinsouveränität

sp. Wer im Bundesgebiet von Marionettenregierung spricht, rührt an eine empfindliche Stelle und wird gehörig zur Ordnung gerufen.

Auch die Alliierten sind in diesem Punkte empfindlich, weil ihnen der Vergleich mit den Verhältnissen in der Ostzone zu diffamierend erscheint.

Man legt Wert auf den Schein der Souveränität, die Praxis aber zeigt, dass es sich doch nur um eine Scheinsouveränität handelt.

Der französische Hohe Kommissar erklärte, eine Entscheidung über die Bildung eines Südwest-Staates sei vor Abschluss eines Friedens-

vertrages nicht möglich. Mit dieser Erklärung wird entscheidend demonstriert, wie es um die deutsche Souveränität bestellt ist. Es ist

seit langem bekannt, dass Frankreich einer möglichen Vereinigung der süddeutschen Länder nicht wohlwollend gegenübersteht und aus einem

falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis den deutschen Föderalismus bis zum Extrem fördert. Francois-Poncet lässt bei seinem Einspruch

die sogenannten Frankfurter Empfehlungen völlig unberücksichtigt, die am 1.7.1948 den elf westdeutschen Ministerpräsidenten übergeben

wurden und in denen die drei Militärgouverneure bestätigen, dass innerdeutsche Grenzkorrekturen Sache der Länderregierungen und Landtage

sein sollen und dass die derart gefassten Beschlüsse durch Volksentscheid zu besiegeln sind. Irgendwelche alliierter Einspruchsrechte

dagegen sind nicht vorbehalten worden, auch keine zeitliche Beschränkung bezüglich eines Friedensvertrages.

Mc Cloy und Robertson waren von dem Schritt Francois-Poncets anscheinend nicht informiert, sie haben bisher geschwiegen. Nach aus-

sen aber ist deutlich zum Ausdruck gekommen, dass selbst unbestritten deutsche Fragen noch lange nicht von Deutschen entschieden werden kö-

nnen und trotz aller gegenteiligen Erklärungen die deutsche Souveränität nicht mehr ist als ein Schein.

Verantwortlich: Josef Schmidt